



FDP - Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Andrea Sperling
Anschrift Rathaus Barmen
 42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202) 563-8573
E-Mail sperling@gutesmorgen.de

Datum 17.03.2003

Drucks. Nr. **VO/1301/03**
 öffentlich

An
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl
Rathaus, Wegnerstr. 7

42275 Wuppertal

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
26.03.2003	Hauptausschuss
31.03.2003	Rat der Stadt Wuppertal

"Verbesserung der Bürgerbeteiligung"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen beschließen:

- (1) Die Stadt Wuppertal verbessert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Projekten, Planungen und Entwicklungsvorhaben im Bereich der Stadtentwicklung, der Kultur- und Sozialentwicklung in Qualität und Quantität.
- (2) Die Stadt Wuppertal nutzt hierfür das Internet, die Presse sowie das Informationsbrett im Rathaus, um die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und laufend über alle wesentlichen städtischen Projekte, Planungen und Entwicklungsvorhaben zu informieren und die Anregungen und Wünsche der Bürger aufzunehmen; das Ergebnis dieser Phase wird in Form eines Zwischenberichtes dokumentiert.
- (3) Der Zwischenbericht dient der Politik und Verwaltung als Grundlage für die Entscheidung, ob und in welcher Form die Bürger bei der weiteren konkretisierenden Planung und Gestaltung des Vorhabens beteiligt werden sollen.
- (4) Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Rat der Stadt ein Konzept für eine verbesserte Bürgerbeteiligung entsprechend der Punkte (1) bis (3) vorzulegen.

Dabei sollen auch unterschiedliche Beteiligungsverfahren dargestellt und im Hinblick auf Nutzen, Aufwand, Kosten, Zeithorizont, Erfahrungen in der Praxis bewertet werden.

Begründung:

Über die rechtlichen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen der Kommunalpolitik (z.B. Einwohnerversammlung, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid) gibt es zahlreiche in der Praxis erprobte Verfahren für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in kommunale Planungs- und Entwicklungsprozesse (Planungszelle, Bürgergutachten, Runder Tisch, Perspektivenwerkstatt, Zukunftskonferenz, Bürgerbefragungen, Bürgerhaushalt, Patenschaften, Stiftungen, kommunale Netzwerke...). Die Bürgerinnen und Bürger zeigen heute mehr Interesse an der Lebensqualität in der Stadt und wollen deshalb auch aktiv an Planungen und Entscheidungen beteiligt werden. Es reicht ihnen immer weniger, lediglich im Rahmen von gesetzlichen Beteiligungsverfahren "angehört" oder quasi nachträglich um Zustimmung zu bereits abgestimmten Entscheidungen gebeten zu werden. Die wachsende Bedeutung bürgerschaftlichen Engagement ist eine Chance für die Selbstverwaltung und die Reformfähigkeit der Kommune. Sie ist zugleich eine Chance, dass sich die Bürgerinnen und Bürger stärker für das örtliche Allgemeinwohl einsetzen und sich mit ihrer Stadt, mit ihrem Stadtteil identifizieren.

Eine so entwickelte Bürgerkommune/Bürger-Stadt erleichtert und verkürzt Entscheidungs- und Planungsprozesse in der Stadt und ist zugleich Voraussetzung für eine potentielle Übernahme kommunaler Angebote und Leistungen durch die Bürger (Patenschaften für Grün- oder Spielplatzpflege, Kulturaufgaben oder der Betrieb von Schwimmbädern durch Vereine, Dreck-Weg-Aktionen der Nachbarschaft usw.)

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Henke
-Fraktionsvorsitzender-